



## Rico für Saggsnä

Der Spitzenmann der LINKEN zur Wahl in Sachsen scheut keine Wege. Seite 5

Foto: dpa/Peter Endig

## Kurdischer Flickenteppich

Um Waffen konkurrieren in Irak diverse Gruppierungen. Seite 8

## Mörderlöwen und Geister

Von magischem Bewusstsein, realen Kriegen und enttäuschter Liebe: Drei Romane aus Afrika erzählen auf eigene Weise von einer Welt im Wandel. Seite 16



Foto 123RF/Eric Isselee

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 21. August 2014

69. Jahrgang/Nr. 194

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Zynische Außenpolitik

Aert van Riel über geplante Waffenlieferungen nach Irak

Aller Voraussicht nach wird die Bundesregierung bald Waffen in den Norden Iraks liefern, um dort kurdische Kämpfer gegen die islamistischen IS-Milizen zu unterstützen. Vorher könnte sich die Koalition noch einer Debatte im Bundestag stellen. Dies wird nicht nur von Oppositionellen, sondern auch von Politikern der Koalition gefordert. Rechtlich dürfte es zwar möglich sein, die Waffen auch ohne ein Bundestagsmandat zu liefern. Aus Sicht der Bundesregierung würde aber für eine Abstimmung im Parlament sprechen, dass dadurch die Legitimation ihrer Entscheidung gestärkt würde. Großen Widerstand müssen Union und SPD in ihren Fraktionen wohl ohnehin nicht fürchten.

Dagegen herrscht in der Opposition Skepsis gegenüber den geplanten Waffenlieferungen – mit gutem Grund. Denn der IS kann nicht allein mit militärischer Gewalt gestoppt werden. Man muss sich auch mit den Ursachen beschäftigen, warum die Milizen so stark geworden sind. Heute machen sie ihr Geld vor allem mit dem Verkauf von Erdöl und Schutzgelderpressung. Zudem hat der IS aus Golfstaaten wie Saudi-Arabien Unterstützung erhalten. Angesichts des brutalen Vorgehens des IS wirken die Aussagen von Unions-Abgeordneten, die vor einigen Wochen Saudi-Arabien als »Stabilitätsanker in der Region« bezeichnet hatten, geradezu zynisch. Eine Bundestagsdebatte zu den Waffenlieferungen könnte den Blick auf die Widersprüche in der deutschen Außenpolitik lenken.

## UNTEN LINKS

### Welt und Wahn (35½)

Die Leiche hatte die Augen weit aufgerissen und sah Kommissar Maysel prüfend an. Dieser verglich die Visage mit Facebook und murmelte etwas vor sich hin. »Hier wird nicht gemurmelt«, brüllte der untersuchende Polizeiarzt und ließ den leblosen Leib zurück in das Brennesselbeet fallen. Ich würde auch lieber kegeln, du morbider Methanaljunkie, dachte Maysel und blickte betrübt auf seine roten Gummistiefel, die bis zum Knöchel ihm schmatzenden Modder standen. Nicht mal ordentlich Anlauf kann ich damit nehmen. Aber Gott kegelt ja auch nicht, tröstete sich der traurige Kriminalist mit einem berühmten Bonmot. Vielleicht murmelte er ja, überlegte Maysel. Das Vaterunser zum Beispiel. Oder die Zehn Gebote. Der alte Hornbach ist nun auch tot, fiel dem Chefemittler ein. Jaja, es gibt immer was zu tun, seufzte er resigniert und legte dem Toten frische Gurkenscheiben auf die Augen. (Fortsetzung fraglich) ibo

## Erntezeit für Zankäpfel

Sanktionen zwischen Brüssel und Moskau treffen EU-Obstbauern und Verbraucher



Foto: dpa/Marc Tirl

Berlin. So mancher polnische Bauer wird sich zum Beginn der Apfelernte verzweifelt fragen: Wohin mit meinen Früchten? Denn seine Ernte darf er dieses Jahr nicht nach Russland exportieren. Angesichts des russischen Importstopps für EU-Agrarprodukte sind die beiden Unions-Bundestagsabgeordneten Franz-Josef Jung und Franz-Josef Holzenkamp auf eine kreative Idee gekommen: »Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die regionale Vermarktung von Obst und Gemüse noch stärker voranzutreiben«, schlagen sie in einer gemeinsamen Erklärung vor. In der Tat dürfte mehr heimisches Gemüse auf deutschen Tellern nicht weiter auffal-

len, da sich die deutschen Agrarexporte nach Russland in Grenzen halten.

Doch schon jenseits der Oder-Neiße-Grenze sieht die Sache ganz anders aus. Statt 15 Kilo pro Kopf müssten die Polen 24 Kilo Äpfel essen, um die Verluste der heimischen Bauern zu kompensieren. Da nicht nur polnische Apfelbauern, sondern unter anderem auch griechische Pfirsichpflanzler und die litauische Agrarwirtschaft vom Embargo hart getroffen werden, beschloss die EU-Kommission, notleidenden Landwirten mit Finanzspritzen in Höhe von 125 Millionen Euro unter die Arme zu greifen. Der russische Landwirtschaftsminister Nikolai

Fjodorow sagte, um die mit dem Embargo belegten Waren zu ersetzen, seien allein bis zum Jahresende »dutzende Milliarden Rubel« als Hilfen für die heimische Landwirtschaft nötig. Auch Verbraucher müssen sich auf steigende Lebensmittelpreise einstellen, weil es Moskau schwer fallen wird, Ersatz für die Importe aus der EU zu finden.

Derweil scheint die Wirtschaft zwischen Rhein und Oder noch relativ unberührt von den Sanktionen zu sein. Anders dürfte es allerdings aussehen, wenn sich Russland entscheiden sollte, den Gashahn zuzudrehen. spo  
Seiten 2 und 3

## Regierung will Waffen in den Krieg liefern

Grünen-Abgeordnete gegen Aufrüstung irakischer Kurden / Linkspolitiker van Aken: »Steinmeier heuchelt«

Die Bundesregierung bereitet Waffenlieferungen nach Irak zum Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) vor.

Von René Heilig und Christian Klemm

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) bestätigten nach einer Kabinettsitzung am Mittwoch, man sei grundsätzlich bereit, Waffen und Munition für den Kampf gegen die Islamistenmiliz IS in Irak zur Verfügung zu stellen. Die Verteidigungsministerin wird prüfen, welche Waffen Deutschland bereitstellen kann und was von den irakischen Kurden benötigt wird. Über konkrete Lieferungen soll ein Fünfergremium des Kabinetts entscheiden.

Bisher hatte die Bundesregierung neben humanitärer Hilfe auch militärische Ausrüstung wie

Schutzwesten, Helme und Nachtsichtbrillen oder Kleinlaster zugesagt.

Der Bundestag soll über die Ausschüsse für Äußeres und Verteidigung informiert werden. Möglicherweise werden Haushälter hinzugezogen. Die Grünen fordern dagegen ein Bundestagsmandat für eine Waffenlieferung. Auch in ihrer Fraktion ist eine solche umstritten. Die Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger hat sich dagegen ausgesprochen, denn es gebe ein »gewaltiges Risiko, dass die Waffen über kurz oder lang in die falschen Hände geraten und die Konflikte noch blutiger machen«. Im nd-Gespräch hielt sie aber die Lieferung von Helmen, Fahrzeugen oder Schutzwesten für sinnvoll. Angesichts der dramatischen Lage sei »eine schnelle und riesige Anstrengung bei humanitärer Hilfe dringend notwendig«.

»Ja, wir müssen den Kurden unbedingt helfen. Dort sterben

Menschen, weil sie nicht genug zu essen haben, weil Medikamente fehlen«, erklärte Jan van Aken, Außenpolitikexperte der Linksfraktion. Er ist auch gegen Waf-

»In einen kriegerischen Konflikt Waffen zu liefern, wäre eine Entschcheidung von immenser Tragweite.«

Katrin Göring-Eckardt, Grünen-Fraktionschefin

fenlieferungen, denn »die würden den Krieg nur eskalieren und noch mehr Menschenleben fordern«. Van Aken griff den Außenminister an: »Herr Steinmeier heuchelt. Ich kann ihm einfach nicht glauben, dass es ihm um die Menschen geht.« Seit Monaten verweigere er den Kurden in Syrien jede Hilfe, sie bekämen nicht ein-

mal Medikamente. Zudem, so van Aken, liefen die aktuellen Hilfsflüge der Bundeswehr nach Erbil nicht ordentlich. In dieser Situation wolle Steinmeier jetzt auch noch Waffen liefern.

In der Tat gibt es von Anfang an große Schwierigkeiten beim Transport deutscher Hilfsgüter nach Erbil, der türkischen Hauptstadt in Irak. Am Mittwoch hat die Bundeswehr den Start von drei Flugzeugen mit rund 20 Tonnen Lebensmitteln an Bord stoppen müssen. Grund: Die Türkei hat den deutschen Flugzeugen keine Genehmigung zum Überflug ihres Staatsgebiets erteilt, bestätigte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes. Er betonte jedoch, dass es keinerlei Anhaltspunkte für einen Zusammenhang mit der Verärgerung Ankaras über die aufgefliegenen Spitzelaktivitäten des Bundesnachrichtendienstes gegen die Türkei gebe. Die Bundesregierung sei bemüht, das Problem zu lösen. Seite 6

## Gaza-Streifen wieder voll im Griff des Krieges

Verhandlungen in Kairo abgebrochen: Raketenbeschuss und Luftangriffe

Gaza. Nach dem Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen in Kairo sind die schweren Gefechte zwischen Palästinensergruppen im Gaza-Streifen und israelischen Streikkräften wieder voll entbrannt. Beim israelischen Versuch, Hamas-Militärchef Mohammed Deif bei einem Luftangriff in Gaza zu töten, starben dessen Frau und der sieben Monate alte Sohn. Nach Angaben eines Hamas-Sprechers vom Mittwoch ist der Kommandeur des bewaffneten Flügels der Bewegung am Leben.

Seit eine bis zur Nacht auf Mittwoch berstete Feuerpause schon Stunden vorher durch Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen gebrochen wurde, beschoss die israelische Armee nach Angaben einer Sprecherin bis Mittwochnachmittag 92 Ziele in dem dicht besiedelten Küstengebiet. Dabei starben nach Angaben der örtlichen Rettungsdienste mindestens 20 Menschen, darunter neun Kinder. Mehr als 120 Palästinenser erlitten demnach seit Dienstagnachmittag Verletzungen.

Palästinensergruppen schossen nach Armeangaben im gleichen Zeitraum 137 Raketen nach Israel, von denen 94 einschlugen und 24 in der Luft zerstört wurden. Die Kasam-Brigaden erklärten, sie hätten als Vergeltung für den Angriff auf Deif auch Tel Aviv, den Ben-Gurion-Flughafen und Jerusalem beschossen. Agenturen/nd  
Seiten 4 und 8

## St. Louis: Schwarzer erschossen

Ferguson steht weiter im Zeichen der Proteste gegen Polizeigewalt

Washington. Ferguson bleibt düsteres Fanal: Am Dienstag kam es unweit der US-Kleinstadt zu einem weiteren tödlichen Vorfall. Polizisten erschossen in St. Louis nach eigenen Angaben einen schwarzen Mann, der die Beamten im Zusammenhang mit einem mutmaßlichen Raubüberfall mit einem Messer bedroht haben soll. Der örtliche Polizeichef Ed Kuntz verteidigte das Vorgehen der Polizisten, das gerechtfertigt gewesen sei.

Die jüngsten Proteste in Ferguson verliefen vergleichsweise friedlich, doch wurden nach Angaben der Polizei in der Nacht zum Mittwoch 47 Demonstranten festgenommen, als sie mit Wasser und Urin gefüllte Flaschen auf Einsatzkräfte schleuderten. Schüsse seitens der Protestierenden seien diesmal nicht gefallen, es seien aber drei Schusswaffen beschlagnahmt worden, erklärte Einsatzleiter Ron Johnson. Die Polizei habe kein Tränengas eingesetzt. Angesichts der gewaltsamen Ausschreitungen in den Tagen zuvor sprach Johnson von einer »veränderten Dynamik«.

US-Justizminister Eric Holder war am Mittwoch in Ferguson erwartet worden. Er versprach eine »umfassende, gerechte und unabhängige« Untersuchung zum Tod des schwarzen Teenagers Michael Brown, der am 9. August von einem weißen Polizisten erschossen worden war. Eine Grand Jury will erste Zeugen anhören. Browns Familie verlangt, dass der Schütze wegen Mordes angeklagt wird. Der Polizist wurde Medienberichten zufolge vom Dienst suspendiert. Agenturen/nd  
Kommentar Seite 4

► Heute auf Seite 10  
Gesund leben

Katholische Moralapostel  
verhindern die Rezeptfreiheit  
für die Pille danach

ISSN 0323-4940

